

Es gilt das gesprochene Wort

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

17. – 18. Oktober 2007

MdL Peter Ritter

TOP 9

Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes – KAG M-V - Drs. 5/812

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren,

wir befassen uns heute in Zweiter Lesung mit einem Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes.

Der beabsichtigte Regelungsgehalt ist relativ übersichtlich:

die grundsätzliche Beitragserhebungspflicht für die Wasserversorgung wird durch eine Kann-Regelung ersetzt um die Möglichkeit zu eröffnen, öffentliche Einrichtungen der Wasserversorgung alternativ über Benutzungsgebühren zu finanzieren.

Vor einem viertel Jahr im Rahmen der Ersten Lesung des vorliegenden Gesetzentwurfs haben die Koalitionsfraktionen noch nicht einmal die parlamentarisch übliche Überweisung bzw. Beratung in den Ausschüssen für notwendig erachtet.

Dies war mehr als bedauerlich, denn die Probleme der Trinkwasserbeiträge kommen erst noch auf uns zu.

Oder, um es bildlich auszudrücken, es steht dem Parlament schlecht zu Gesicht, bei zunehmendem außerparlamentarischem Druck den Kopf einfach noch ein Stück tiefer in den Sand zu stecken und die Luft anzuhalten.

Meine Damen und Herren,

auch vor dem Hintergrund der Erhebungen des Innenministeriums, wonach die von uns vorgeschlagene Gesetzesänderung durchaus vorstellbar wäre (vgl. Bericht des Innenministeriums vom 29. Mai 2007, S. 18), auch vor diesem Hintergrund sollten wir fraktionsübergreifend den Mut aufbringen, eigene Positionen kritisch und gegebenenfalls auch selbstkritisch zu hinterfragen und zwar in den dafür vorgesehenen Verfahren.

Ich beantrage hiermit die Überweisung des vorliegenden Gesetzentwurfes zur Beratung in den Innenausschuss.